

Die Gefährdungsmeldung

Gesetzliche Grundlagen

Eltern haben gemäss Art. 302 Abs. 1 ZGB das Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung zu fördern und zu schützen. Im Blick auf das Wohl des Kindes leiten sie seine Pflege und Erziehung und treffen für das Kind unter Vorbehalt seiner eigenen Handlungsfähigkeit die nötigen Entscheidungen (Art. 301 Abs. 1 ZGB). Nicht immer können oder wollen Eltern das Wohl des Kindes gewährleisten. Ist dieses gefährdet und wenden die Eltern die Gefährdung nicht selber ab, so ist es Aufgabe der Behörden, Massnahmen zur Behebung der Gefährdungssituation in die Wege zu leiten.

Im Gesetz über die Einführung des ZGB Kanton Solothurn werden die Lehrpersonen unter § 88. Abs. 2 wie folgt eingebunden: "Die Beamten, Angestellten sowie die Behörden des Kantons und der Gemeinden, namentlich der Jugendanwalt, die Lehrer, die Gerichts-, Sozialhilfe- und Gesundheitsbehörden, sind verpflichtet, die Vormundschaftsbehörden zu benachrichtigen, wenn ihnen Missstände zur Kenntnis gelangen, die ein Einschreiten zum Zwecke des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge erheischen."

Das Ziel Kindeswohl basiert auf der Voraussetzung, dass die physisch-materiellen Grundbedürfnisse eines Kindes gesichert sind und beruht auf der Erfahrung förderlicher (Familien-)Beziehungen, auf Wertschätzung und Entwicklungsmöglichkeiten, die den Bedürfnissen und Anliegen eines Kindes gerecht werden.

Ist das Wohl eines Kindes gefährdet, d.h. es besteht die ernsthafte Möglichkeit einer Beeinträchtigung des körperlichen, sittlichen und psychischen Wohls des Kindes, hat die Vormundschaftsbehörde Massnahmen zu beschliessen, auch wenn kein Einverständnis der Eltern vorliegt. Trotzdem darf das Kind nicht isoliert betrachtet werden. Bei allen Entscheiden ist der gegenseitigen Abhängigkeit des Wohls aller Beteiligten (Kind und Eltern) Rechnung zu tragen. Dazu sind die Lebenssituation und Grundbedürfnisse des Kindes und die Ressourcen und die Fähigkeiten der Eltern, vor allem auch im erzieherischen und emotionalen Bereich, genau abzuklären. Das Problembewusstsein der Eltern ist zu wecken und sie möglichst zu Kooperation zu bewegen. Die Einstellung der Eltern zu Kinderschutzmassnahmen ist - wie die Praxis immer wieder zeigt - von grosser Bedeutung. Nutzen und Wirksamkeit der Massnahmen hängen wesentlich davon ab.

Die vormundschaftlich angeordneten Massnahmen sollen unterstützend sein und nicht im Sinne von Strafen oder Vergeltung ausgesprochen werden.

Geltungsbereich

Der zivilrechtliche Kinderschutz gemäss Art. 307 - 312 ZGB ist auf alle Kinder anwendbar, die sich unter elterlicher Sorge befinden und in der Schweiz leben.

Zuständigkeit

Für die Anordnung von Kinderschutzmassnahmen ist grundsätzlich die Vormundschaftsbehörde zuständig. Im Rahmen des Eheschutzes und des Scheidungs- und Trennungsverfahrens kann jedoch auch das Gericht Massnahmen zum Schutz des Kindes anordnen. Für deren Vollzug ist ebenfalls die Vormundschaftsbehörde zuständig.

Grundsätzlich sind die vormundschaftlichen Behörden am Wohnsitz des Kindes zuständig. Lebt ein Kind nicht in der häuslichen Gemeinschaft der Eltern, so sind die Behörden an jenem Ort zuständig, wo sich das Kind aufhält. Wenn die Behörde am Aufenthaltsort Kinderschutzmassnahmen anordnet, muss sie die Wohnsitzbehörde darüber informieren.

Stufenfolge der Massnahmen

Es gelten folgende Prinzipien:

- **Subsidiarität:** nur eingreifen, wenn es anders nicht geht
- **Komplementarität:** elterliche Fähigkeiten ergänzen, nicht konkurrenzieren
- **Verhältnismässigkeit:** so wenig wie möglich, so viel wie nötig

Je nach Grad der Gefährdung des Kindes umfasst der Kinderschutz in rechtlicher Hinsicht vier Stufen von behördlichen Eingriffen in die elterliche Sorge.

Übersicht über die zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen

	ZGB Artikel
Geeignete Massnahmen	
• Ermahnungen, Weisungen	307
• Erziehungsaufsicht bzw. Erziehungshilfe (Erziehungsberatungsstelle, Sozialdienst)	
Beistandschaften	
• Beschränkung der elterlichen Sorge und Ernennen eines Beistands, einer Beiständin, evtl. mit besonderen Aufgaben und Befugnissen	308
• Ausserehelichenbeistandschaften: Vertretung des Kindes in Bezug auf seine Unterhaltsansprüche und andere Rechte	309
• Vertretungsbeistandschaft bei Interessenskonflikten zwischen Eltern und Kind	392

- Beistandschaft zur Vertretung des Kindes im Scheidungsprozess der Eltern 146/147

Aufhebung der elterlichen Obhut

- Entzug des elterlichen Rechts über den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen (Teilgehalt der elterlichen Sorge) 310
- Verbot der Rücknahme des Kindes nach vorausgegangener Platzierung (Fremdunterbringung)
- Wegnahme des Kindes, Fremdplatzierung gegen den Willen der Eltern

Entziehung der elterlichen Sorge

- Entziehung der elterliche Sorge, wenn die Massnahmen gemäss Art. 307-10 erfolglos geblieben sind oder von vornherein als ungenügend erscheinen 311
- Ordentliche Entziehung bei andauerndem faktischen elterlichen Unvermögen oder bei grober Pflichtverletzung 312
- Erleichterte Entziehung: auf Ersuchen der Eltern oder mit dessen Zustimmung (z.B. Freigabe durch Adoption) 268

Ist beiden Eltern die elterliche Sorge rechtskräftig entzogen worden, hat die Vormundschaftsbehörde für das Kind eine Vormundschaft anzuordnen und eine geeignete Person als Vormund zu wählen.

Allgemeines

Die Gefährdungsmeldung ist schriftlich, in Notsituationen mündlich, an die für die Gemeinde zuständige Vormundschaftsbehörde zu richten.

Grundsätzlich kann jede Person eine Gefährdungsmeldung erstatten.

Lehrpersonen haben eine Meldepflicht.

"Die Schule trägt eine hohe Verantwortung zur Sicherung des Kindeswohles: Gemäss Bundesverfassung orientiert die Schule ihren Bildungs-, Schulungs- und Erziehungsauftrag am Wohl des Kindes. Das Bundesgericht hat bereits 1991 in einem Grundsatzurteil die Pflicht der Schulbehörden, im Bereich der Schulbildung den Schutz des Kindes zu wahren, bestätigt."

BGE 117 Ia27; Hegnauer, 17.06a

Der Inhalt einer Gefährdungsmeldung ist verbindlich, er sollte klar und authentisch sein. Es darf keine ehrverletzenden Äusserungen enthalten.

Wenn immer möglich, sollten die Eltern über eine Gefährdungsmeldung informiert werden. Zum Schutz des Kindes kann die Meldung in Ausnahmefällen ohne Information an die Eltern erfolgen.

Gemäss Datenschutzgesetzgebung besteht im Verfahren ein Akteneinsichtsrecht. Eltern oder andere involvierte Personen können alle Berichte einsehen.

Inhalt

Vgl. separate Datei "Raster Gefährdungsmeldung" bzgl. der "Vorgehen" (Downloads) einer Gefährdungsmeldung.

Verlauf der Gefährdungsmeldung bei der Vormundschaftsbehörde

Zuständigkeit

Die örtliche und fachliche Zuständigkeit wird überprüft (z.B.: Ist die Jugendanwaltschaft bereits in diesen Fall involviert? Oder ist allenfalls durch ein laufendes Scheidungsverfahren eine Prozessbeistandschaft errichtet worden? etc.)

Abklärung

Die Abklärung der relevanten Fragestellungen wird durch die zuständige Stelle in Auftrag gegeben, die Vormundschaftsbehörde beauftragt z.B. die Familienberatungsstelle mit der Abklärung der Situation. Zudem können Gutachten von entsprechenden Fachstellen eingeholt werden, z.B. beim KJPD. Die Abklärung einer Gefährdungsmeldung kann Monate dauern. Nur bei einer akuten Gefährdung des Kindes sind Sofortmassnahmen möglich.

Antrag

Die Abklärungsstelle formuliert Bericht und Antrag an die Vormundschaftsbehörde. Bei etwa der Hälfte der Abklärungen sind vormundschaftliche Massnahmen nötig.

Rechtliches Gehör

Den betroffenen Kindern muss von Seiten der Vormundschaftsbehörde das rechtliche Gehör gewährt werden.

Beschlusseröffnung

Der Beschluss wird den Eltern schriftlich eröffnet. Diese haben ein Beschwerderecht beim Oberamt und beim ASO. Im Interesse des Kindeswohls kann der Beschwerde die aufschiebende Wirkung entzogen werden. Das heisst, der Entscheid kann umgehend vollzogen werden.

Dritte, wie Schulen oder Fachstellen werden in der Regel durch die Vormundschaftsbehörde informiert, sofern eine fachliche Notwendigkeit besteht.

Von der vormundschaftlichen Abklärung wird eine Akte angelegt (Recht auf Akteneinsicht).

Quelle, u.a. und weiterführende Literatur: "sicher! gesund!", Kindesmisshandlung, Kinderschutzzentrum St. Gallen, In Via: Sonderdruck aus dem Sammelordner für Lehrkräfte, Amt für Volksschule, Davidstrasse 31, 9001 St. Gallen